

Müllreport Ostdeutschland

Umweltskandal. Die neuen Länder verkommen zu einem gigantischen Müllklo – weil windige Geschäftemacher in rechtlichen Grauzonen operieren, die Aufsichtsbehörden wegschauen und der Bundesumweltminister die Zustände schönredet.

Ein Erdwall schützt das sechs Fußballfelder große Areal in Dresden-Lockwitz vor neugierigen Blicken. Hinter einem Eisenzaun, zwei Meter hoch und mit rasiermesserscharfem Natodraht gekrönt, drehen Wachmänner mit Spürhunden ihre Runden. Hier nutzt die Entsorgungsfirma Amand eine stillgelegte, teilweise rekultivierte Tongrube als Deponie. Laster kippen an diesem Frühlingstag Müll mit augenscheinlich hohem Plastik-

Tardecke und haben Gesicht und Haare mit einer selbstgebrauten Flüssigkeit eingerieben. Diese Mischung riecht so bestialisch wie der Müll vor ihnen, damit die Spürhunde von Amand sie nicht wittern. So schießen die Ermittler der Detektei Bakiner mit ihrem Teleobjektiv aus 200 Metern Entfernung ungestört ganze Fotoserien über verdächtige Aktionen. Einige Beweisaufnahmen sind auf dieser und den nächsten Seiten abgedruckt. Sie

nen Tonnen Abfall verkippt werden. Die zuständigen Behörden schauen einfach weg. „Für manche Landesregierung ist lasche Kontrolle offenbar eine perfide Form der Wirtschaftsförderung für die Abfallbranche“, schimpft Johannes Lichdi, umweltpolitischer Sprecher der Grünen im Sächsischen Landtag. In der Mitverantwortung steht wegen der unübersichtlichen Gesetzeslage auch der Bund. Umweltminister Sigmar Gabriel hat zwar

Verdächtige Szenen in Dresden-Lockwitz: Laster kippen Müll ab, der augenscheinlich viel Plastik enthält.

100/A

101/B

101/A

101/C

anteil in die Grube – obwohl die Deponierung von Kunststoff schon seit 2005 verboten ist. Der Müll wird anschließend von einem Radlader verteilt und platt gewalzt. Zum Schluss decken ihn die Amand-Leute mit einer dünnen Schicht aus Erde und harmlosem Bauschutt ab. Sie ahnen nicht, dass sie dabei heimlich fotografiert werden – im Auftrag von Konkurrenten. Gleich hinter dem Zaun, inmitten von Schlamm und Dornengestrüpp, liegen vier Privatdetektive in einem Erdloch, das sie in der Nacht zuvor ausgehoben haben. Sie tragen olivgrüne Overalls, verstecken ihre Köpfe unter einer Bundeswehr-

liegen auch der Staatsanwaltschaft Dresden vor, die gegen den in Düsseldorf und Dresden ansässigen Entsorger Amand ermittelt – „wegen unerlaubtem Umgang mit gefährlichen Abfällen“ und „wegen unerlaubtem Betreiben von Anlagen“. Amand bestreitet die Vorwürfe. Der Fall ist die Spitze eines Eisberges. An mehr als zwei Dutzend Orten haben Polizei und Staatsanwaltschaft bislang rund eine Million Tonnen illegal deponierten Müll gefunden – vor allem in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Ostdeutschland verkommt zu einem gigantischen Müllklo, wo in Wald und Flur nach Expertenschätzung pro Jahr fünf Millio-

soeben das zersplitterte Deponierecht zusammengeführt und entschlackt. Doch Ungereimtheiten bestehen fort und begünstigen weiterhin das Geschäft der Müllpaten in Ostdeutschland. Angesichts dieser Situation wirkt der Schlusssatz in Gabriels Pressemitteilung zum nachgebesserten Deponierecht geradezu grotesk: „An dem umweltpolitischen Grundsatz ..., dass es intensive Kontrollen gibt, ... ändert sich nichts.“ So redet der Bundesumweltminister die Situation schön – auch gegenüber der EU-Kommission. Die forderte von ihm kürzlich eine Stellungnahme zu drei Deponien und einer Tongrube in Sachsen- ▷

Anhalt, in denen illegal Plastikmüll entsorgt worden sein soll. Gabriels lapidare Antwort: „Die zuständigen Behörden“ hätten bereits „die erforderlichen Schritte eingeleitet, um Missstände abzustellen“. Maßnahmen seitens der Brüsseler Kommission „sind daher nicht erforderlich“. Umweltgruppen sehen das anders. Wie auch immer: Deutschland hat ein Problem. Fast täglich werden neue Fälle aufgedeckt – und die entlarven die Be-

gegen nicht: Sie gefährden das Grundwasser und produzieren durch Gärung den Klimakiller Methan, der die Atmosphäre 21-mal stärker aufheizt als CO₂. Fatal ist auch, dass es sich bei den unerlaubten verbuddelten Mengen in erster Linie um Gewerbemüll handelt, der wegen seines großen Anteils an Kunststoff und Papier ein hohes Energiepotenzial besitzt. Mit den jährlich illegal versenkten fünf Millionen Tonnen ließe sich immer-

und so hatten die Betreiber der rund 100 deutschen Anlagen gute Geschäfte fest eingeplant. „Stattdessen kämpfen inzwischen etliche ums Überleben“, sagt Matthias Einsele vom Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung. „Bei vielen dieser Anlagen kommt nur die Hälfte der prognostizierten Mengen an.“ Die andere Hälfte fällt offensichtlich Ganoven in die Hände, die ihre Dienste konkurrenzlos günstig feilbieten. Für

Der Müll wird verteilt, geplättet und dann mit einer dünnen Schicht aus Erde und Bauschutt abgedeckt.

100/B

104/B

104/C

100/C

hauptung der Politik als großspurig, dass hierzulande eine Zeitenwende in der Abfallwirtschaft stattgefunden hat: Die Entsorger sollen Müll vorrangig recyceln oder als Brennstoff nutzen, anstatt wie früher einfach zu verbuddeln.

Schöne Pläne

Bereits seit Juni 2005 ist durch die Technische Anleitung Siedlungsabfall (Tasi) die Deponierung weitestgehend verboten. Nur Bauschutt und trockener mineralischer Restmüll aus Abfallbehandlungsanlagen dürfen weiter deponiert werden. Haus- und Gewerbeabfälle hin-

hin der jährliche Strom- und Wärmebedarf einer Großstadt wie Hamburg decken – wenn der Müll zuvor zu klimaschonendem Ersatzbrennstoff (EBS) verarbeitet wird. In Kleinkraftwerken verfeuert, erzeugt er gleichzeitig Strom und Wärme und bläst insgesamt deutlich weniger CO₂ in die Luft als selbst moderne Kohlemeiler. Solche Kleinkraftwerke sind zudem umweltfreundlicher als konventionelle Müllverbrennungsanlagen, die vornehmlich den kommunalen Hausmüll entsorgen.

Nicht zuletzt die ergiebige Energiequelle der Ersatzbrennstoffe wollte die Politik durch ihr Deponierungsverbot fördern,

Abfallverursacher kostet die umweltgerechte Entsorgung in einer EBS-Anlage derzeit rund 130 Euro pro Tonne.

Dagegen bieten windige Müllmakler, die nicht im Branchenbuch stehen und meist nur mit Handy operieren, Gewerbetreibenden den Abtransport des Mülls oft bereits für 100 Euro pro Tonne an. Den Ganoven am Ende der Kette, die den Abfall illegal verbuddeln, entstehen aber nur Selbstkosten von nicht mal 20 Euro. Den schmutzigen Profit von 80 Euro teilen sich Makler und Entsorger.

Solche Geschäfte werden durch Lücken im Bundesrecht erleichtert, wie nicht zuletzt die Affäre um die Tongrube Veh- ▷

litz bei Magdeburg zeigt. Sie erreichte Ende September einen vorläufigen Höhepunkt: In einer Großrazzia durchsuchte die Polizei bundesweit 23 Büros und Privatwohnungen nach Beweisen für illegale Mülleinlagerung in Vehlitz. Doch eindeutig wären solche Beweise nur, wenn man Sondermüll nachweisen könnte. Ob in Vehlitz hingegen Haus- und Gewerbeabfälle deponiert werden dürfen, ist

Vollzug: Die für Deponieüberwachung zuständigen Landes- und Kommunalbehörden versagen weitestgehend – wie im Fall des Müllunternehmers Bernd Reif aus Belzig in Brandenburg. Er vergrub nach Inkrafttreten des Deponierungsverbots in der Umgebung seiner Heimatstadt mehr als 100 000 Tonnen Müll in einem Kiestagebau und sechs nach der Wende stillgelegten DDR-Gemeindedeponien. Die Kommunen hatten Reif ihre Depo-

nien sogar kostenlos übertragen, weil sie seinem Versprechen glaubten: Der ehemalige Verkehrspolizist gab vor, er werde die Halden räumen, mit unbelastetem Bauschutt füllen und begrünen. Zwar bepflanzte Reif die Deponien tatsächlich – aber erst, nachdem er dort Müll aus dem ganzen Bundesgebiet versenkt hatte. Dessen umweltgerechte Entsorgung wird nach Expertenschätzungen bis zu 100 Millionen Euro kosten. Die Summe wird

Abfallanlage Dresden-Lockwitz: Müll wird angeliefert, sortiert und abgelegt.

104/D

103/A

106/B

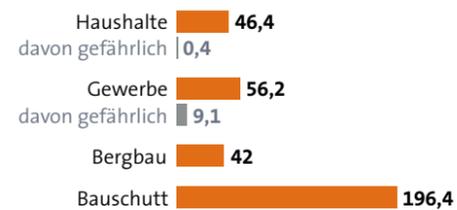
103/B

hoch umstritten. Über diese Frage rangelte das Bundesumweltministerium wochenlang hinter den Kulissen mit dem zuständigen Wirtschaftsministerium von Sachsen-Anhalt. Die Magdeburger argumentierten, dass in Vehlitz auch organischer Abfall zulässig sei: Die Tongrube unterliege dem Bergrecht – und nicht dem Abfallrecht. „Diese beiden Bundesgesetze müssen dringend harmonisiert werden“, fordert Baden-Württembergs Umweltministerin Tanja Gönner. „In Tongruben sollte nur etwas landen, das auch in Deponien erlaubt ist.“ Noch problematischer als dieser rechtliche Graubereich ist der mangelhafte

Legaler Müll. In Deutschland fallen derzeit laut amtlicher Statistik jährlich 340 Millionen Tonnen Abfälle an. Davon werden rund 70 Prozent recycelt, 20 Prozent deponiert, der Rest verbrannt und energetisch verwertet.

Wo der Müll herkommt

Angaben in Millionen Tonnen



Stand 2006. Quelle: Statistisches Bundesamt.

wohl letztlich der Steuerzahler tragen müssen: Bei Reif, seit Mitte September in Untersuchungshaft, konnte die Justiz nur etwas mehr als eine Million Euro Vermögen sicherstellen. Aufgeflogen ist der Skandal, weil ein früherer Mitarbeiter den Müllpaten an die Polizei verpöffelt hat. Die zuständige Untere Abfallbehörde des Kreises Potsdam-Mittelmark hatte lediglich die Aktenführung der Firma kontrolliert. Unangemeldete Probebohrungen, wie im Abfallrecht vorgesehen, führte sie nicht durch. Die Landesregierung hätte zwar solche Prüfungen anordnen können, legte aber die Hände in den Schoß. Für sie ist der Fall >

peinlich: Das brandenburgische Umweltministerium hatte die Firma auf seinen Internetseiten als Tüv-zertifizierten Fachbetrieb empfohlen.

Für die Polizei und Staatsanwaltschaft ist Reif allerdings eher ein Glücksfall. In der Regel ist der Nachweis illegaler Praktiken ungleich komplizierter. Das gilt besonders für Deponien mit angeschlossener Abfallbehandlungsanlage. Denn dort darf Haus- und Gewerbemüll grundsätzlich hinge-

Wie unter einem Brennglas offenbart dieser Fall die Widersprüche und Tücken der Mülldeponierung. So läuft der Betrieb bei Amand trotz der Ermittlungen weiter, als ob nichts geschehen wäre. „Für eine Ablagerung nicht zugelassener Abfälle haben sich bisher keine belastbaren Hinweise ergeben“, rechtfertigt das sächsische Umweltministerium in Dresden auf Capital-Anfrage sein Nicht-handeln. „Insofern werden von der Fir-

keit im Fall Amand. Beide Minister verhalten sich freilich in einem Punkt gleich: Sie verpflichten ihre nachgeordneten Behörden nicht zu unangekündigten Besuchen und Probebohrungen auf Deponien oder Tongruben. Dabei „besitzen Umweltbehörden sogar mehr Befugnisse als die Polizei, weil sie fremde Grundstücke jederzeit betreten dürfen“, erläutert Rechtsexperte Jäger. „Aber sie nutzen diese Befugnisse leider kaum aus.“

Abfallanlage Dresden-Lockwitz: Müllentsorgung bis in die Nacht hinein.

105/A

104/A

105/B

106/A

karrt werden, um Kunststoff, Papier und Metalle zum Recyceln auszusondern und den trockenen mineralischen Restmüll zu deponieren. „Ob der gelieferte Abfall am Ende doch unbehandelt in der Grube landet, ist später nur sehr schwer nachzuweisen“, erläutert der Würzburger Rechtsanwalt Stephan Jäger, der die Interessen einiger Entsorgungsfirmen vertritt. Er beauftragte die Wirtschaftsdetektei Bakiner mit der Observation der Deponie in Dresden-Lockwitz. Seine Strafanzeige löste dann jene Ermittlungen gegen Amand aus, die nach Aussage des Dresdner Oberstaatsanwalts Christian Avenarius „noch Monate dauern werden“.

ma Amand die Baustellenmischabfall-sortieranlage und die zugelassene Verfüllung des Tagebaus Lockwitz im Rahmen der behördlichen Zulassung wie bisher betrieben.“

Zerstrittene Behörden

Da es sich um eine ehemalige Tongrube handelt, prallen auch hier Berg- und Abfallrecht aufeinander. Formal liegt die Aufsicht über Tongruben beim Oberbergamt Freiberg, das Sachsens Wirtschaftsminister Thomas Jurk (SPD) untersteht. Der streitet sich mit Umweltminister Frank Kupfer (CDU) um die Zuständig-

Vielleicht will mancher Ministeriale in den neuen Ländern auch gar keinen illegalen Müll entdecken – weil er die Kosten für die legale Entsorgung fürchtet. Diese Gemengelage mag die Reaktion eines zuständigen Beamten im Dresdner Umweltministerium erklären. Noch vor Beginn der staatsanwaltlichen Ermittlungen besuchten ihn Brancheninsider im Ministerium, schilderten ihm ausführlich verdächtige Vorgänge auf der Deponie Dresden-Lockwitz und schlugen auf diesem Gelände der Firma Amand eine behördliche Probebohrung vor. Daraufhin blaffte der Beamte: „Bei uns in Sachsen wird nicht geschürft.“ □